



Nationalratswahl große Chance für Einführung der direkten Demokratie in Österreich!

Diesmal gibt es erstmals eine reelle Chance, daß endlich eines der wichtigsten Ziele der Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung Wirklichkeit wird, nämlich die Einführung einer echten DIREKTEN DEMOKRATIE nach dem Muster der Schweiz und damit die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für unser Volk, solange wir überhaupt noch eines sind. Die FPÖ hat für dieses Ziel einen geradezu revolutionären „Leitantrag“ beim jüngsten Bundesparteitag in Klagenfurt am 4. März 2017 durch die anwesenden 688 Delegierten aus allen Bundesländern einstimmig beschlossen, den sie auch in mehrfachen öffentlichen Aussagen zur **Koalitionsbedingung** erklärt hat. Damit gibt es dafür **erstmalig** eine realistische Chance der Umsetzung der ersten und wichtigsten Sätze der seit bald 90 Jahren (!) geltenden **österreichischen Bundesverfassung**, die da lauten:

**Österreich ist eine demokratische Republik.
Ihr Recht geht vom Volk aus.**

Zum LEITANTRAG der FPÖ für direkte Demokratie:

Wir zitieren im folgenden aus den wichtigsten Passagen. Darin heißt es, daß damit eine echte Volksgesetzgebung geschaffen werden soll, die auch gegen den Willen des Nationalrates möglich sein soll. Der entscheidende Quantensprung dabei ist, daß es **keine inhaltlichen Einschränkungen** geben darf wie das z.B. bei einem (Un-) „Demokratiepaket“ der Fall war, das jahrelang von der Jungen ÖVP unter Sebastian Kurz vorangetrieben wurde. Gemäß diesem hätte z.B. das gesamte EU-Recht, das inzwischen mehr als 80% aller für unser Land geltenden Gesetze ausmacht, aus der direkten Entscheidungsmöglichkeit der österr. Bürger ausgeklammert werden sollen. Diese und andere Einschränkungen sieht der FPÖ-Beschluß **nicht** vor.

Der Freiheitliche Parlamentsklub hat ein sehr detailliertes Konzept zum Ablauf einer solchen „**Volksinitiative zur Gesetzgebung**“ dem Nationalrat bereits vorgelegt. Im wesentlichen soll immer dann, wenn ein Volksbegehren, das von mindestens vier Prozent der Wahlberechtig-

ten (das sind dzt. etwa 255.000) unterstützt wurde, vom Nationalrat verworfen wird, das Volk per **Volksabstimmung** selbst entscheiden, ob die Initiative nicht doch Gesetz wird. Dabei ist der Gedanke maßgeblich, daß dem Souverän nicht weniger erlaubt sein darf als der von ihm auf Zeit gewählten politischen Vertretung. Allerdings kann der Inhalt eines Volksbegehrens der Verfassung widersprechen oder - wenn es auf eine Verfassungsänderung gerichtet ist - einem Baugesetz der Bundesverfassung. Ebenso ist ein Dissens zu geltendem Völkerrecht denkbar. Solche Widersprüche wären im Vorfeld einer (organisatorisch aufwendigen) Volksinitiative im Rahmen eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu prüfen und zu entscheiden (Verfassungsgerichtshof). Dabei geht es hauptsächlich darum, daß Baugesetze der Republik wie z.B. das Demokratische Prinzip nicht aufgehoben werden können.

Darüber hinaus hat der Freiheitliche Parlamentsklub vorgeschlagen, die Rechtsinstitute der **Vetovolksabstimmung** und der **Volksbefragung** zu liberalisieren. Konkret sollen 100.000 Wahlberechtigte ein solches Vetoreferendum verlangen

Volksbegehren „Wir entscheiden“	Seiten 3/4
Die EU ist nicht Europa	Seite 5
Impfzwang - Nein danke!	Seite 6
Es riecht nach Krieg	Seite 6
Ausstieg aus EURATOM-Vertrag	Seite 7
Das andere Gesicht des Sebastian Kurz	Seite 8
Kundgebung „Marsch für die Familie“	Seite 9
Jedes Unrecht beginnt mit einer Lüge	Seite 10

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

können und es sollte die Möglichkeit einer Volksbefragung zu einem parlamentarischen Minderheitenrecht von einem Drittel der Abgeordneten oder 100.000 Wahlberechtigten werden. Österreich hat zuletzt mit der „Wehrpflicht-Volksbefragung“ (vom Jänner 2013) gute Erfahrungen gemacht. Seit der Befragung ist die Abschaffung der Wehrpflicht von der Agenda der Innenpolitik genommen und somit ein dauernder Streitpunkt der repräsentativen Organe beseitigt. Es ist nicht einzusehen, warum eine (rechtlich unverbindliche) Befragung realpolitisch nur von den Regierungsparteien beschlossen werden darf.

Eine Volksinitiative muß einen **konkreten Gesetzestext** enthalten; dies stellt eine Abweichung zum bestehenden Volksbegehrensgesetz dar, in dem dafür eine „Gesetzesanregung“ genügt. Dafür wird im FPÖ-Antrag ausdrücklich klargestellt, daß auch Angelegenheiten des Artikel 50 des Bundesverfassungsgesetzes Gegenstand von Volksinitiativen sein können. Dies betrifft **Staatsverträge wie auch die EU-Verträge, den CETA-Vertrag** usw. einschließlich der Forderung, solche Verträge zu kündigen. Kommt über eine solche Volksinitiative kein zustimmender Beschluß im Nationalrat zustande, ist diese unverzüglich einer Volksabstimmung zu unterziehen, deren Ergebnis für die Regierung bindend ist. Ein durch eine Volksinitiative zustande gekommenes Gesetz kann nur im Wege einer Volksabstimmung geändert werden. Eine solche muß nicht am Ende einer neuerlichen Volksinitiative stehen, sondern kann auch vom Nationalrat - wie bisher - beschlossen oder verlangt werden.

Zur Information der Bürger über den Inhalt solcher Volksabstimmungen soll es - wie in der Schweiz - zur Herbeiführung einer „Ausgewogenheit“ zum pro und contra ein **offizielles „Abstimmungsbüchlein“** geben, das auf Kosten des Staates an alle Wahlberechtigten zu senden ist. In diesem sollen den Bürgern sowohl die Argumente der Regierung als auch die Argumente der Bevollmächtigten der jeweiligen Volksinitiative „gleichgewichtet“ zur Kenntnis gebracht werden. Damit soll der möglichen Manipulation durch einseitige Propagandakampagnen finanzstarker Kreise oder von Medienkonzernen zumindest mit einer seriösen offiziellen Beurteilungsgrundlage begegnet werden.

Einführung einer Veto-Volksabstimmung

Auch das ist eine sehr wesentliche Neuerung, die dem Demokratie-Vorbildland Schweiz entlehnt ist. Sie beinhaltet, daß eine Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluß des Nationalrates nicht nur vom Nationalrat beschlossen werden, sondern auch von 100.000 Wahlberechtigten verlangt werden kann. Eine solche Veto-volksabstimmung soll auch hinsichtlich der Genehmigung von **Staatsverträgen** gemäß Art. 50 B-VG möglich sein. Bei Umsetzung dieses insgesamt bahnbrechenden FPÖ-Antrags wird das in der Praxis bedeuten, daß der Nationalrat nicht mehr - wie bisher - über die Köpfe der Bürger hinweg alles im Alleingang beschließen kann. Er muß damit rechnen, daß 100.000 Bürger jedes bereits beschlossene Gesetz wieder zu Fall bringen können. Und das wird bereits im Vorfeld großen Einfluß auf die Qualität der Gesetzesbeschlüsse haben!

Anregung

Aus unserer Sicht gibt es in diesem FPÖ-Leitantrag nur **einen** wichtigen Passus, der überdacht werden sollte, nämlich die Sache mit den **„Quoren“**. Bei Abstimmungen über einfache Gesetze wird ein sogenanntes **„Präsenzquorum“** (= Mindestzahl von Abstimmungsteilnehmern) von einem Drittel der Abstimmungsberechtigten verlangt, bei Verfassungsgesetzen wie auch Staatsverträgen (zB dem CETA-Vertrag) von 50 % Abstimmungsteilnehmern und einer Zustimmungsrate von mindestens zwei Drittel der Abstimmenden. Solche Quoren sind in der durch Jahrhunderte hindurch bewährten direkten Demokratie der sicher nicht anarchistischen Schweiz völlig unbekannt. Dort gilt grundsätzlich, was die (einfache) Bürgermehrheit bestimmt, egal wie viele Prozent der Bevölkerung an der jeweiligen Abstimmung teilnehmen.

Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß der Teil der Bevölkerung, egal wie groß er ist, der sich für ein Anliegen/eine Gesetzesmaterie interessiert und einsetzt (ob dafür oder dagegen), dann auch wirklich das Sagen hat. Ansonsten hätten schon wieder vorwiegend die Politiker das Sagen; diese sind immerhin hochbezahlt, haben Apparate und Geld zur Informationsbeschaffung zur Verfügung usw. Die Bürger ha-

ben das alles nicht, deshalb sollte kein Druck auf diese ausgeübt werden, daß sie nur dann etwas zu entscheiden haben, wenn ein hohes „Beteiligungsquorum“ erreicht wird. Bei schwierigeren Fragen kann es auch durchaus sinnvoll sein, wenn nur der Teil des gesamten Staatsvolkes (mit-) entscheidet, der sich mit dem jeweiligen Thema eben eingehender befaßt hat als andere. Das Ergebnis können dann auch alle anderen akzeptieren, weil sie ja die Möglichkeit hatten, mitzustimmen. Es müssen ja ohnehin vor Zustandekommen der Volksabstimmung über eine Volksinitiative diese mindestens 255.000 Wahlberechtigte unterstützen!

ZUM VOLKSBEGEHREN „WIR ENTSCHEIDEN“

Da ja niemand weiß, wie die Nationalratswahl ausgehen und ob die FPÖ in Regierungsverantwortung kommen wird, unterstützt die „Initiative Heimat & Umwelt“ in Wort und Tat das überparteiliche Demokratie-Volksbegehren „Wir entscheiden“, das von ACHT, dem „Verein zur Stärkung der grundverfassungsrechtlichen Maximen“ mit ihrem Obmann **Mag. Thomas Rathhammer** ins Leben gerufen wurde. Einige tausend behördlich bestätigte Unterstützungserklärungen dafür wurden von Bürgern bisher geleistet, aber zur Einreichung im Innenministerium müssen mindestens **neuntausend** beigebracht werden. Wir bitten daher alle, die die in dieser Ausgabe mitgeschickte Unterstützungserklärung noch nicht im Gemeindeamt/Stadtmagistrat unterschrieben haben, dies **so rasch wie möglich** nachzuholen. Die formale Frist dafür läuft erst Ende nächsten Jahres ab, aber die Organisatoren wollen natürlich diese neuntausend bestätigten Formulare so früh wie möglich beisammen haben, damit in dieser Sache etwas weitergeht! Danke allen, die schon bisher unterschrieben haben (zweimal darf man klarerweise nicht).

Der einzige Spitzenpolitiker, der dieses Volksbegehren bereits in seiner Heimatgemeinde unterzeichnet hat, ist der dritte Nationalratspräsident **Ing. Norbert Hofer**, dem die direkte Demokratie ein besonderes Anliegen ist. Er bewarb das Volksbegehren auch auf seiner facebook-Seite und auf twitter. Wir hoffen, daß sein Beispiel Schule macht!

Wir entscheiden!

... die Mutter aller Volksbegehren

**Wir Bürgerinnen und Bürger wollen
ab sofort demokratisch mitentscheiden!**

Daher verlangen wir eine verfassungsrechtliche Stärkung
unserer demokratischen Rechte:

**1 Eine verpflichtende Volksabstimmung*
über Gesetzesvorhaben des Parlaments
ab 100.000 Wählerstimmen**

* verbindliches
wahrhaft-demokratisches
Instrument

**2 Eine fristgerechte parlamentarische
Erledigung von Volksbegehren!**

Das bedeutet:

- ▶ Beachtung des Volkswillens
- ▶ Direkte Mitsprache
- ▶ Direkte Mitgestaltung unserer Gesellschaft

Es ist Zeit

für eine grundlegende demokratische Veränderung!

Nützen Sie bitte Ihr Bürgerrecht:

Unterschreiben Sie die Unterstützungserklärung!

1 Füllen Sie die umseitige Unterstützungserklärung aus
(Vorname, Nachname, Geburtsdatum, Wohnort).

Die Unterschrift darf erst in der Behörde geleistet werden.

2 Bei Ihrem Hauptwohnsitz-Gemeindeamt bzw. -Stadtmagistrat
(in Wien z.B. alle Bezirksämter) unterschreiben Sie die
Unterstützungserklärung vor dem zuständigen Beamten.
Dieser bestätigt sofort (im unteren Formulateil)
die Gültigkeit Ihrer Unterstützungserklärung.
Hinweis: Es fallen für Sie keinerlei Gebühren an!

3 Schicken Sie die unterschriebene und von der Gemeinde
abgestempelte Unterstützungserklärung **baldmöglichst an**
die **Initiative Heimat & Umwelt, Hageng. 5, 3424 Zeiselmauer.**
Oder übergeben Sie dieses Formular direkt an Ihre
Kontaktperson (Sammler).

Mit diesem Volksbegehren können
wir Bürger künftig eine Volksabstimmung
erzwingen, deren Ergebnis für die
Regierung verbindlich ist - sowohl für
Anliegen, die von den Bürgern per
Volksbegehren lanciert werden, als auch
über Gesetze der Parlamentsparteien.

Damit wird erstmals der erste und
wichtigste Satz unserer Bundesverfassung
Wirklichkeit:

» Österreich ist eine demokratische Republik.
Ihr Recht geht vom Volk aus.
«

▶ Weitere Informationen:
www.acht-austria.com

ACHT

wirEntscheiden.at

Wählende und Parlament gemeinsam für ehrliche Demokratie.

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke des Bundesministeriums für Inneres freihalten!

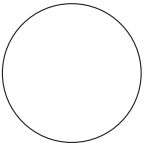
Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren] Wir begehren zwei Änderungen der österreichischen Bundesverfassung: 1) Dem Artikel 43 B-VG werden folgende Sätze angefügt: »Eine Volksabstimmung über ein Gesetzesvorhaben ist auch durchzuführen, wenn zumindest 100.000 Wahlberechtigte des Bundesvolkes es verlangen. Überdies ist eine Volksabstimmung über ein Gesetzesvorhaben oder einen anderen binnen sechs Monaten zu fassenden Beschluss des Nationalrates zur Erledigung eines Volksbegehrens durchzuführen, wenn es von 100.000 Unterzeichnern des Volksbegehrens oder anderen Wahlberechtigten verlangt wird.« 2) In Artikel 46 Absatz 3 B-VG wird folgender Satz eingefügt: »In diesem Bundesgesetz ist auch zu regeln, in welchen Fällen eine Volksabstimmung über ein Gesetzesvorhaben wegen Gefahr im Verzug zu unterbleiben hat.«		[Allfällige Kurzbezeichnung] Wir entscheiden	
Stark umrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!	Vorname, Familienname oder Nachname des (der) Unterstützungswilligen		
	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr) 	
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift		Eigenhändige Unterschrift	

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist, das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark umrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung ☐ wurde vor der Gemeindebehörde geleistet. ☐ war gerichtlich beglaubigt. ☐ war notariell beglaubigt.		
	Datum (Tag, Monat, Jahr) 	Gemeindesiegel 	Unterschrift

Die EU ist nicht Europa!

Die gebetsmühlenartig von EU-Hörigen immer wieder uns eingetrichterten Unterwürfigkeits-Appelle gegenüber dem neuen Zentralkomitee in Brüssel als weitgehender Befehlsempfänger der multinationalen Großkonzerne, weil die EU angeblich alternativlos sei und wir ohne diese nicht existieren könnten, sind einfach lächerlich und entbehren jeder verstandesmäßig erklärbaren Grundlage. Es handelt sich um nichts anderes als eine **Massensuggestion** mit Hilfe des Großkapitals, die eine Beleidigung für denkende, kritikfähige Menschen darstellt. Alle Wahlgänge der letzten Jahre zeigen: die **leistungsbereiten** - das Gemeinwesen für alle wirklich tragenden - Arbeiter und Angestellten, Selbständigen, Handwerker, Mütter und Väter wählen die vom Medienkartell mit aller Härte bekämpften Kräfte, die **für** diese eintreten. Aber ein immer größer werdender Anteil der Bevölkerung inkl. der Einwanderer wird durch Transferzahlungen im Wege der Umverteilung vom Arbeitsertrag der Leistenden „durchgefüttert“. So kann aber kein Staat auf die Dauer bestehen. Und genau das wollen die EU-Propagandisten - von Merkel bis Macron, von Juncker bis

Schulz, von Kern bis Kurz.

Den diesbezüglichen Vogel abgeschossen hat erst vor wenigen Tagen der nun mit beträchtlicher Machtfülle ausgestattete **Van der Bellen**, der am 20.5.2017 öffentlich von den Parteien „wissen will, wie deren Haltung zur EU“ ist. Er hatte ja bereits im Bundespräsidentenwahlkampf wiederholt in den Raum gestellt, eine Regierung mit FPÖ-Beteiligung nicht anzugeloben, sollten die Freiheitlichen ihre „europakritische“ Haltung nicht ändern. So was nennt man Druckaufbau und Einschüchterung, um eine freie Meinungsbildung auszuschalten. Am selben Tag warb die neue grüne Spitzenkandidatin **Ulrike Lunacek** für eine „europäische Republik“ und eine Umdefinition des Begriffes „Heimat“. Nationale Kompetenzen sollten dabei in eine Länderkammer eines EU-Parlaments mit dann zwei Kammern wandern. Möglich sei das vielleicht schon „Mitte des nächsten Jahrzehnts“. Nachzulesen auf <http://orf.at/stories/2392370/2392371/> Das wäre dann das Ende der selbständigen und neutralen Republik Österreich und deren Umbau in eine weitgehend rechtlose „**EU-Kolonie**“.

JA ZUM ÖXIT-AUFKLEBER

Dieser Ausgabe wurde ein Aufkleber beigegepackt, um wieder mehr auf dieses Ziel aufmerksam zu machen, das im Juni 2015 über 261.000 Bürger in den Ämtern unterschrieben haben. Er kann auf Auto oder Fahrrad, Tasche oder wo auch immer an geeigneten Stellen im öffentlichen Raum platziert werden. Je mehr davon sichtbar werden, desto besser!

Wir bitten alle Empfänger - wenn möglich - um **freiwillige** Refundierung der Produktions- und Versandkosten für diesen neuen Aufkleber (3,50 €) gemäß beiliegendem Zahlschein zum Überweisen mit herzlichem Dank im voraus!

Natürlich können Sie auch gerne weitere davon anfordern, die wir dann zuschicken. Für 5 Stück inkl. Verpackung bitten wir um 2,- € pro Stück, für 10 Stück 1,50 € pro Stück, für 20 Stück 1,- € pro Stück, jeweils plus Porto. Größere Mengen bitte auf Anfrage (siehe WEGWARTE-Impressum Seite 11).

„Der BREXIT wird ein politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Erfolg für Großbritannien. Ähnliches würde für alle Noch-EU-Staaten gelten!“

Diese unmißverständlichen und durch viele Details begründeten Aussagen tätigte der renommierte **Prof. Dr. Richard A. WERNER** bei einem auf Einladung der „Initiative Heimat & Umwelt“ am 3. April 2017 veranstalteten Informationsabend in Altengbach bei Wien. Prof. Werner ist ein seit Jahren u.a. an britischen Universitäten - dzt. an der Universität von Southampton in Südengland als Lehrstuhlinhaber/Ordinarius - lehrender Volkswirtschafts-, Finanz- und Bankenfachmann mit zahlreichen Auslands-Wirkungsfeldern, u.a. in Japan. Prof. Werner verwies in seinem Vortrag und in der anschließenden lebhaften Diskussion mit den Bürgern insbesondere auf die durch seriöse Studien eindeutig belegte Tatsache, daß der Erfolg von Volkswirtschaften sich vor allem dort einstellt, wo diese (noch oder wieder) über ein kleinteiliges System von in Eigenverantwortung tätigen **Regionalban-**

ken verfügen. Genau diese will aber die EU-Politik zurückdrängen zugunsten von nur wenigen zentralistisch geführten Großbanken und hat dies in den letzten Jahren auch bereits massiv vorangetrieben. Ohne einen regional verankerten Finanzsektor sei aber eine **klein- und mittelständisch organisierte Wirtschaft** nicht machbar. Daher seien auch der Euro und die abgehobene, demokratisch in keiner Weise legitimierte oder gar kontrollierbare EZB verfehlte Konstruktionen, die einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Wirtschaftsentwicklung im Wege stünden.

Dazu Prof. Werner: „Die EU erklärt ganz offiziell in ihren Dokumenten, daß ihr Ziel die Abschaffung der Nationalstaaten ist, was aber in der öffentlichen Diskussion weitgehend verschwiegen wird. Diese und andere versteckte Agenden sind daher ein berechtigter Grund für die

Ablehnung der EU durch viele Bürger nicht nur in Großbritannien. Die dortige Stimmung in der Bevölkerung nach dem Brexit-Referendum vom Juni 2016 ist jedenfalls eine ganz andere, nämlich viel positivere, als sie von vielen Politikern und Medien in den Noch-EU-Staaten dargestellt wird. Diese qualifizierten Aussagen wurden mittels APA-OTS-Presseaussendung von uns tausenden Journalisten im In- und Ausland mitgeteilt, ebenso der Link zu einem nach der Veranstaltung aufgenommenen, knapp 20-minütigem Live-Interview mit Prof. Werner, das nun auch die WEGWARTE-Leser anklicken können unter <https://www.youtube.com/watch?v=rly34d3KPCo>

Überparteiliches EU-Austritts-Personenkomitee für Österreich: Inge Rauscher, Helmut Schramm, Renate Zittmayr, Mag. Markus Lechner, Dr. Franz-Joseph Plank, Hon.Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heinrich Wohlmeyer.

Impfzwang - Nein danke!

Am 6. Mai demonstrierten in Wien fast 600 informierte Teilnehmer aus allen Bundesländern gegen den geplanten Impfzwang - ein völlig falscher Weg, der bereits schleichend stattfindet. Um eine Arbeit in Spitälern, Kindergärten und Schulen zu bekommen, sind neuerdings Impfungen vorzuweisen. AEGIS-Österreich, die Plattform für impfkritische Menschen, weist hingegen darauf hin, daß eine Impfung eine medizinische Behandlung ist. Dazu muß der „Patient“ nach umfassender Aufklärung **freiwillig** zustimmen. Zur Impfung auf die beschriebene Weise zu nötigen, ist ein klarer Verstoß gegen die Menschenrechte. Impfbefürworter argumentieren, Masern wären im Zunehmen, dies entspricht aber nicht den Zahlen aus dem Gesundheitsministerium. Seit dem wärmeren März und April sind die Masern wieder abgeflaut. Dies und viele andere fachliche Argumente gegen den Impfzwang legte der Hauptredner bei der

Demo, der praktische Arzt und Sachverständige für Impfschäden, **Dr. Johann Loibner**, ausführlich dar.

Seine Gattin Franziska, Obfrau von AEGIS, begrüßte insbesondere die teilnehmenden **Ärzte und Ärztinnen** - insgesamt 13 hatten sich bei ihr als Demonstrationsleiterin gemeldet. Vorwiegend junge Eltern mit kleineren und größeren Kindern bildeten einen langen, fröhlichen Zug, der von einer steirischen Familienmusik angeführt wurde und sich vom Maria-Theresien-Denkmal am Burgerring zum Gesundheitsministerium am Stubenring bewegte. Eine riesige Zahl von individuellen Transparenten und Postern mit griffigen Texten machten den Sinn der Demo klar. Bei der Schlußkundgebung wurde vor allem die Überzeugung „Wir glauben eure Lügen nicht mehr“ und „Wir schützen unsere Kinder selber“ mit Sprechchören skandiert. Es war für alle Teilnehmer ein hoffnungsvol-

les Gemeinschaftserlebnis. Auch eine Abordnung der „Initiative Heimat & Umwelt“ trug dazu bei; wir befaßten uns ja schon vor Jahren eingehend mit dem Thema Impfen, organisierten Vortragsveranstaltungen mit Dr. Loibner und verbreiteten DVDs darüber. Natürlich (!) berichtete kein gängiges Medium über diese Demonstration, obwohl AEGIS alle Medien darüber informiert hatte - sowohl vorher als auch nachher....

Umfangreiche Informationen und Literatur dazu gibt es bei www.aegis.at. Hier können wir nur auf zwei **wichtige Sachbücher** dazu verweisen, die Sie bei AEGIS bestellen können unter der Adresse 8563 Ligist 89, Tel. 0664/43 56 986, info@aegis.at: „Impfen - das Geschäft mit der Angst“ von Dr.med. G. Buchwald (19,90 € plus Porto), und „Impfen - das Geschäft mit der Unwissenheit“ von Dr.med. Johann Loibner (19,- € plus Porto).

Es riecht wieder nach Krieg

von Prof. Dr. Eberhard Hamer

Der Befehl des US-Präsidenten Trump an die US-Mittelmeerflotte, einen syrischen Flugplatz zu beschießen, hat die Welt überrascht. Bisher galt Trump – im Gegensatz zu Clinton, die im Wahlkampf Krieg in Syrien und der Ukraine versprochen hat – als Garant für Frieden. Daß er so plötzlich umgeschwenkt ist, hat innenpolitische Gründe:

Die US-Hochfinanz und ihre Ölindustrie wollen – gemeinsam mit Katar – die Russen (Gazprom) aus dem Öltransfer durch Syrien ans Mittelmeer ausschließen und selbst eine Durchleitung von Katar ans Mittelmeer betreiben. Das geht nur ohne Assad, der sich den Russen gegenüber nicht nur zum Gazprom-Vorhang verpflichtet, sondern ihnen auch eine Militärstellung an der Küste verpachtet hat. Die mächtige Hochfinanz gibt also ihre Pläne auch unter Trump nicht auf, kann diese Pläne aber nur durchsetzen, wenn sie Assad beseitigt.

Die US-Rüstungsindustrie hat den Wahlkampf von Clinton mit 7,5 Milliarden Dollar finanziert gegen deren Zusage, mit Krieg gegen Ruß-

land für Absatz der Rüstungsgüter zu sorgen. Dem innenpolitischen Druck der mächtigen Rüstungsindustrie kann kein Präsident auf Dauer widerstehen, denn sie steht für 70% des Kapitalstocks der US-Volkswirtschaft. Wer Wirtschaftsboom in den USA erzeugen will, muß Aufträge für die Rüstungsindustrie besorgen, also Krieg zwischen denen herbeiführen, die US-Rüstungsgüter brauchen.

Teile der US-Armee sehen militärische Auseinandersetzungen mit Rußland und China als zwangsläufig an, wenn die USA ihr Dollar-Imperium behalten wollen. Sie haben nach der Wahl eine Hatz auf alle Trump-Mitarbeiter betrieben, die Rußland-Kontakte hatten, und dadurch Rußland wieder zum Hauptfeind der USA hochstilisiert. Mit dem Angriff auf einen Verbündeten Rußlands wollen sie – noch rechtzeitig, solange die USA stärker sind – die Auseinandersetzung mit Rußland herbeiführen.

Krieg könnte für die USA aber auch ein letzter Ausweg aus ihrem drohenden Finanzcrash sein. Die USA sind mit über 20 Billionen Dollar verschuldet, haben jährlich 600

Milliarden Militärkosten und permanente Außenhandelsdefizite, stehen also mit ihrem Welt-Dollar-Imperium vor dem Zusammenbruch.

Schon zweimal haben die USA eine Wirtschaftskrise durch Rüstungsboom in zwei Weltkriegen zum Aufstieg zur Vormacht der Welt genutzt. Auch dieses Mal könnte die US-Führung versucht sein, dem kommenden Crash durch Krieg zuvorzukommen, den Krieg als letzten Fluchtweg aus dem sicheren Crash zu versuchen.

Glaubten wir, nach dem Sieg Trumps vor einem militärischen Abenteuer der USA sicherer geworden zu sein, hat sich dies in den letzten Wochen umgekehrt, scheinen die innenpolitischen Aggressionen der Kriegstreiber so mächtig zu sein, daß er ihnen folgen muß, daß wieder von den USA und ihrer Nato unmittelbare Kriegsgefahr für die Welt ausgeht.

Bisher ist nicht bewiesen, von wem der Giftgasanschlag in Syrien ausgeht, von Assad – wie die Amerikaner behaupten – oder von den US-geführten Rebellen – wie die Russen behaupten. Daß die Hintermänner ihren Präsidenten sofort zum Han-

deln trieben und die europäischen Satellitenregierungen unter Führung von Merkel sofort zu Treueschwüren und zur Verurteilung Assads treiben konnten, bevor irgendein Beweis auf den Tisch kam, könnte eine Parallele zum Kriegsbeginn gegen den Irak sein (False-flag-Aktion).

Wir haben die höchste Kriegsgefahr seit dem Zweiten Weltkrieg. Warum finden jetzt keine Friedensmärsche, Friedensappelle der Medien wie in den

fünfziger und sechziger Jahren statt? Die US-Netzwerke, welche Trump umgedreht und einen Kriegszwischenfall verursacht oder genutzt haben, könnten stark genug sein, einen dritten Weltkrieg zu zündeln.

70 Jahre Frieden haben uns offenbar zu sorglos gemacht. Ich habe aber inzwischen mehr Sorge vor Krieg als vor einem Crash.

Entnommen der Schweizer Wo-

chenzeitschrift „Zeit-Fragen“ vom 9.5.2017 (www.zeit-fragen.ch).

Prof. Dr. Eberhard Hamer ist

Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Gründer und seitdem Präsident des „Mittelstandsinstituts Niedersachsen“ in Hannover, Begründer der neuen Mittelstandsökonomie der personalen Wirtschaft und der Inhaberbetriebe, Verfasser von mehr als 30 Sachbüchern, Unternehmer einer Anwaltspraxis und eines Forstbetriebes.

„Initiative Heimat & Umwelt“ fordert Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag

Anlässlich des 31. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe am 26.4.1986 forderte Inge Rauscher, Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU), daß die heimische Politik endlich konkrete Konsequenzen aus der mehrheitlichen Ablehnung der Atomenergie durch Österreichs Bürger zieht und im Parlament den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag beschließt. „Österreich ist seit dem Beitritt zur Europäischen Union auch Mitglied bei der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM. Der EURATOM-Vertrag, in Kraft getreten am 1.1.1958, sieht in seiner Präambel unmißverständlich vor, die Voraussetzungen für den Aufbau einer **mächtigen europäischen Atomindustrie** zu schaffen; dieser Förderzweck wurde nie aufgegeben - trotz Großkatastrophen wie Three Mile Island/Harrisburg/USA, Windscale/Sellafield/Großbritannien, Tschernobyl/Ukraine (damals noch Sowjetunion) oder Fukushima/Japan“, so Inge Rauscher in ihrer Stellungnahme.

Seit dem EU-Beitritt 1995 zahlen Österreichs Steuerzahler zusätzlich zum **jährlichen** EU-Mitgliedsbeitrag (seit 2012 **netto** - also bereits nach Abzug der Rückflüsse aus der EU - über eine Milliarde Euro!) zig Millionen Euro für EURATOM, obwohl unser Staatsvolk in der Volksabstimmung von 1978 jedweder Nutzung der Atomenergie und damit auch deren Förderung mehrheitlich eine Absage erteilt hat. „Ohne die permanente finanzielle Förderung der Atomenergie über Steuer-gelder wäre diese Stromerzeugungsform weltweit schon lange **nicht mehr konkurrenzfähig**. In Österreich haben wir seit Jahrzeh-

ten ein rechtsgültiges Atomsperrgesetz im Verfassungsrang und es ist eine grobe Verletzung desselben, wenn die Republik Österreich trotzdem Atomkraftwerke in der EU mitfinanziert. Nach nunmehr 22 Jahren muß damit endlich Schluß sein“, forderte Inge Rauscher weiter.

AKWs de facto nicht versicherbar!

Noch immer wird ein überwiegender Großteil der EURATOM-Kredite für den Bau und die „Nebenkosten“ von AKWs ausgegeben und nur ein kleiner Teil für deren „Sicherheit“. Selbst in Deutschland können die Deckungsvorsorgen von Haftpflicht und gegenseitigen Garantiezusagen der AKW-Betreiber nur einen Bruchteil der Kosten decken, die von einem katastrophalen Atomunfall (GAU) verursacht würden. Den „Rest“ müßten der Staat und die Steuerzahler tragen. Diese **geringen Deckungsvorsorgen** stellen eine weitere Form von öffentlicher Subventionierung dar. Bei adäquater Versicherung der Atomkraftwerke würden sich deren Kosten mindestens verzwanzigfachen! AKWs wären damit unbezahlbar und müßten sofort abgeschaltet werden - siehe <http://bit.ly/2ousU0m>. Es ist und bleibt eben unverantwortlich, eine Technologie auf die Menschheit loszulassen, die nicht fehlerfreundlich ist, wie einer der profiliertesten Atomgegner Österreichs, der verstorbene Physiker und Univ.-Prof. Hans-Peter Aubauer, immer wieder warnte.

Erst im November 2016 - 31 Jahre nach dem Supergau - wurde die inzwischen bereits vierte „Hülle“ für den **zerstörten Reaktorblock**

von Tschernobyl installiert, weil alle anderen der Radioaktivität nicht standhalten konnten - eine gigantische Konstruktion aus Stahl und Beton, das größte Landbauwerk in der gesamten Geschichte unserer Erde, um das weitere Austreten von Radioaktivität zu verhindern. Dieses soll nun 100 Jahre halten, obwohl „auch die Ingenieure“ nicht wissen, wie es danach weitergehen soll. Die Kosten für das neue „Sarkophag-Monster“ von offiziell geschätzten 2,1 Milliarden (!) Euro trägt jedenfalls am Papier die „Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“. Wer sie in Wahrheit trägt, kann sich jeder denkende Bürger ausmalen.

Atomindustrie untrennbar mit atomarer Aufrüstung verbunden

Die Atomindustrie ist untrennbar mit atomarer Aufrüstung und Kriegen verbunden, denn Atomkraftwerke sind Lieferanten für Atombomben! Alle Betreiber, Politiker und Journalisten wissen das, schauen aber tatenlos zu. Der wichtigste „Rohstoff“ für Atombomben ist Plutonium mit einer unvorstellbar langen Halbwertszeit als „Nebenprodukt“ der Aufbereitungsanlagen von radioaktivem Müll aus AKWs. Auch die in den letzten Jahren in beinahe allen Kriegen - von Irak über Serbien, Kosovo, Libyen bis Syrien von der NATO bzw. den USA und ihren Alliierten - eingesetzte Atomwaffe aus **abgereichertem Uran** („depleted Uranium“) mit verheerenden Langzeitschäden an Zivilbevölkerung, Umwelt, Boden und Grundwasser wird aus Abfallprodukten von AKWs hergestellt. Siehe www.geolitico.de/2017/04/14/krieg-mit-einer

ausrottungswaffe.

Inge Rauscher abschließend: „Es gibt auch nach wie vor **keine sicheren Endlager** für radioaktive Abfälle aus AKWs. Seit kurzem ist im deutschen Bundestag ein Gesetz in Verhandlung, mit dem bis 2050(!) ein Endlager für radioaktive Abfälle aus AKWs in Betrieb gehen soll, das eine Million Jahre halten soll. Zum Vergleich: laut

dz. Wissenschaftsstand soll es die Menschheit (Urmensch) seit etwa 2 Millionen Jahren geben. Was könnte den Hochmut und die völlige, für uns alle gefährliche Realitätsferne atomkonzern-höriger Politiker trauriger sichtbar machen?“

Über das jeweils mit beträchtlichen Kosten verbundene OTS- (Original-Text-)Service der Österr.

Presseagentur APA verbreitete **Presseausendung** an tausende Journalisten im In- und Ausland, wie wir sie von Zeit zu Zeit immer wieder bei wichtigen Themen lancieren und auf den Internetseiten www.heimat-und-umwelt.at eu-austritts-volksbegehren.at www.jazumoexit.at www.webinformation.at [schramm's blog](http://schramm's.blog) verbreiten.

Das andere Gesicht des Sebastian Kurz

von Klaus Faißner

Hinter der Fassade kommt ein Sebastian Kurz zum Vorschein, der beste Kontakte zu den Förderern der Masseneinwanderung hat und der österreichische Soldaten in EU-Kriegseinsätze schicken will.

Er fordert Flüchtlingskontingente für die EU über sogenannte Resettlement-Programme, also Wiederansiedlungsprogramme. Sein Credo: „Wir wollen keine Abschottung Europas.“ Stattdessen müsse man einerseits vor Ort helfen und andererseits „legale Fluchtwege“ schaffen. In Österreich „sind jedenfalls 10.000 bis 15.000 Menschen pro Jahr bewältigbar“, erklärte Kurz beispielsweise in einem Interview mit dem ORF. Nach zehn Jahren wären das bereits Hunderttausende weitere Menschen aus fremden Kulturen – wenn man den Familiennachzug und Nachwuchs der Ankommenden mitrechnet. Statt mit Schiff und Schlepper soll es nun bequem mit Flugzeug und Stewardess nach Österreich gehen – finanziert durch den Steuerzahler. Diese Forderung stehe im Gegensatz zu den Vorstellungen der FPÖ, sondern sei „eher mit der Position der Grünen zu vergleichen“, betonte Kurz im Juni 2016 im Kurier.

Kurz und Soros: gute Bekannte

Eine fast gleichlautende Forderung erhob für die gesamte EU mehrmals der Multimilliardär und Heuschreckenspekulant George Soros. Er ist eine zentrale Figur hinter der Masseneinwanderung. Im September 2016 gab er sieben Befehle aus, wie die Asyl- und Einwanderungspolitik der EU auszusehen hat. Er beginnt mit dem Satz, den Kurz ähnlich, nur sanfter, im ORF sagte: „Erstens muß die EU eine beträchtliche Anzahl von Flüchtlingen direkt aus den Front-

staaten aufnehmen, und zwar auf sichere und geordnete Weise.“ Als letzten Punkt fordert Soros „die langfristige Schaffung eines einladenden Umfeldes für **Wirtschaftsmigranten**“. Jeder soll also nach Österreich kommen dürfen. Auch berichtete der private Fernsehsender Sky News über „Reiseführer“, die 2015 in der Türkei offensichtlich zahlreich an Flüchtlinge verteilt wurden und auf Arabisch alle möglichen Informationen für die Reise nach Mitteleuropa enthielten. Herausgeber war die Organisation **Welcome to Europe**, die zum Soros-Imperium zählt. Und mit diesem George Soros verbindet Sebastian Kurz einiges: Er wurde von Soros persönlich in dessen einflußreiche Denkfabrik European Council on Foreign Relations (ECFR) geholt. Kurz ist also kein Gegner, sondern sitzt mittendrin im Kreis jener, die die Masseneinwanderung nicht nur befürworten, sondern auch lenken. Zumindest war das jahrelang der Fall. Denn seit wenigen Monaten ist sein Name von der Internetseite der Soros-Denkfabrik verschwunden. Eine Taktik? Trotz mehrerer Anfragen war Kurz beziehungsweise sein Pressesprecher zu keinem Interview bereit.

„Zuwanderer höher gebildet“

Trotz zum Teil eklatanter Probleme mit Ausländern schätzte Kurz diese Bevölkerungsgruppe ganz besonders hoch ein: „Der durchschnittliche Zuwanderer von heute ist gebildeter als der durchschnittliche Österreicher“, erklärte er beispielsweise im Jänner 2015 bei einer Veranstaltung in Gerasdorf. Eine Statistik des Österreichischen Integrationsfonds aus demselben Jahr zeigte das genaue Gegenteil: Während 27 Prozent der Personen mit ausländischen Wurzeln keinen Pflichtschul-

abschluß hatten, belief sich der Anteil bei den „echten“ Österreichern auf elf Prozent. Die Masseneinwanderung schwemmte Zigttausende weitere Ungebildete – auch sehr viele Analphabeten – nach Österreich, wodurch der Zuwanderer im Durchschnitt noch ungebildeter wurde.

EU-Fan und gegen Neutralität

Auch wenn Kurz im März leise die Bürokratie der EU kritisierte: Er ist ein uneingeschränkter Anhänger des Brüsseler Gebildes. Für ihn ist die EU „ein Friedensprojekt, eine Wertegemeinschaft und eine Erfolgsgeschichte“. Derzeit setzt er sich vehement für eine „schnelle EU-Krisenreaktions-truppe“ **für EU-Kriegseinsätze in aller Welt** ein. Österreich sollte diese neue EU-Eingreiftruppe „finanziell und personell unterstützen“. Dafür gab es Applaus aus Brüssel: Diese Initiative „kommt gut an“ in der EU, meinte Kurz. Nach eigenen Angaben wolle er das in Einklang mit der Neutralität bringen, was aber laut kritischen Verfassungsexperten unmöglich ist. Außer Lippenbekenntnissen ist die **Neutralität** für Kurz und die ÖVP aber kein Thema mehr. Im 2015 beschlossenen neuen Parteiprogramm kommt sie kein einziges Mal vor. Ein Grund dafür ist, daß die ÖVP mit Kurz „die Weiterentwicklung hin zu einer Verteidigungsunion mit dem langfristigen Ziel einer **gemeinsamen europäischen Armee**“ als „eine zentrale Zukunftsfrage“ sieht. Die Mehrheit der Österreicher ist hier anderer Meinung: Für sie ist die Neutralität „nach Schweizer Muster“ ein hohes Gut, das wir nie und nimmer aufgeben dürfen.

Auszug aus einem Artikel der April-Ausgabe der neuen Monatszeitschrift „**Alles Roger?**“, die wir sehr empfehlen.

Was bedeutet „unabhängig“ wirklich?

Seit neuestem wird mit dem Begriff „unabhängig“ ziemlich Schindluder getrieben. Plötzlich sind Politiker, die jahr(zehnt)elang in Parteiapparaten, bei Interessensvertretungen und in Kaderschmieden hinter den Kulissen dienten und dort „geformt“ und geprägt wurden, „unabhängig“ oder werden als „Quereinsteiger“ gehandelt und werden von den Medien als interessant, „neu“ und „offen“ präsentiert. Diese neue Masche der Systemerhalter ist ein **gigantisches geistiges Betrugsmanöver**, das in den letzten Monaten etwa bei Van der Bellen und Macron funktioniert hat und nun auch bei der „Liste Kurz“ und der völlig neuen, von Raiffeisen plötzlich total unabhängigen ÖVP funktionieren soll wie auch bei Frau Griss und wer weiß wem noch aller in den nächsten Monaten. Für die meisten ehrlichen und kritischen Bürger bedeutet „unabhängig“ etwas ganz anderes!

Unabhängig - also frei von Abhängigkeit - ist, wem die Suche nach der Wahrheit und Gerechtigkeit und die Vorantreibung von Maßnahmen ein Anliegen ist, die aufgrund sorgfältiger

Prüfung ohne eigene Profitinteressen das Wohl der Allgemeinheit fördern. Und der/die sich dafür **nicht** aus Steuergeldern, Kammer- oder Gewerkschaftsbeiträgen o.ä. Quellen (also de facto aus Zwangsbeiträgen) **finanzieren** läßt und schon gar nicht durch Zuwendungen von Großindustriellen, Banken und Konzernen. Damit haben von Anfang an diese das „Sagen“ - wer zahlt, der mahlt! Das gleiche gilt für mehr oder minder geheime, meist internationale Think-Tanks (häufig unter Beteiligung auch von Journalisten) über deren Absprachen/Beschlüsse/Direktiven usw. die beteiligten Politiker ihren Wählern in keiner Weise Rechenschaft ablegen, was dem demokratischen Prinzip widerspricht.

Wirkliche Unabhängigkeit bedeutet die bewußte Beschränkung der Finanzierung ausschließlich auf **freiwillige** Kostenbeiträge heimischer „Normalbürger“, damit dann auch in Wort und Tat deren Anliegen vertreten werden können. Die Stärke einer solchen Bewegung bestimmen also die Bürger selbst durch die Anzahl der Spender und die Bereitschaft zur

ehrenamtlichen Mitarbeit.

Van der Bellens Wahlkampf beispielsweise kostete laut einem Bericht vom 30.1. 2017 der Tageszeitung „Heute“ **5,4 Millionen €**, wovon die Grüne Parlamentspartei 3,7 Millionen zahlte und der Großindustrielle Haselsteiner 1,7 Millionen; dazu kamen noch viele private Spenden sowie ein beträchtlicher Teil der SPÖ- und ÖVP-Millionen, da diese Parteien ja nach dem ersten Wahlgang nicht selbst kandidierten, sondern VdB unterstützten. Und sofort nach dem Wahlsieg feierten die von der Großindustrie unterstützten Grünen den „ersten **grünen** (nicht unabhängigen) Bundespräsidenten Europas“.... Die FPÖ kostete der Wahlkampf für Hofer insgesamt **4,2 Millionen €**. Diese Gegenüberstellung zeigt deutlich, daß es sich auch um einen Sieg des größeren Geldes handelte! Wir haben also alle erlebt, daß eine offen von einer Partei getragene Kandidatur ehrlicher sein kann als eine „unabhängige“ Kandidatur, die diesen positiv besetzten Begriff nur für ganz andere Zwecke benutzt.

MARSCH FÜR DIE FAMILIE

**Samstag,
17. Juni 2017
15.00 Uhr**

Plattform Familie

Unser Credo:

- Unantastbares Lebensrecht ab der Empfängnis
- Maximale Hilfe für Schwangere in Notlagen
- Ehe nur zwischen Mann und Frau
- Müttergehalt statt Abschiebung in Kinderkrippen
- Gegen den Gender-Wahn
- Alleiniges Erziehungsrecht der Eltern
- Schutz vor Zwangssexualisierung in Kindergarten und Schule
- Kein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare



Wien 1., Innenstadt

Treffpunkt bzw. Ort der Veranstaltung
ist ab 13. Juni zu erfahren auf der Homepage
www.marschfuerdiefamilie.at
oder telefonisch unter 0680/1282410

Zu dieser von „PRO VITA - Bewegung für Menschenrecht auf Leben“ und anderen befreundeten Organisationen veranstalteten Kundgebung laden wir auch alle WEGWARTE-Leser und -Leserinnen sehr herzlich zur Teilnahme in der Wiener Innenstadt ein. Bringen Sie Freunde und Bekannte mit und setzen wir gemeinsam ein Signal für das Fundament unseres Volkes und unserer Kultur, die Zukunft unserer Kinder!

**Näheres ab 13. Juni
unter der Tel. 0680/1282410
oder auf www.marschfuerdiefamilie.at**

Der emanzipatorische Erziehungswissenschaftler
Hans-Jochen Gamm:

„Wir brauchen die sexuelle Stimulierung der Schüler, um die sozialistische Umstrukturierung der Gesellschaft durchzuführen ...Kinder, die sexuell stimuliert werden, sind nicht mehr erziehungsfähig, die Zerstörung der Scham bewirkt die Enthemmung auf allen anderen Gebieten, eine Brutalität und Mißachtung der Persönlichkeit der Mitmenschen.“

(Kritische Schule.
*Eine Streitschrift für die Emanzipation
von Lehrern und Schülern, 1970)*

Jedes Unrecht beginnt mit einer Lüge

von Imad Karim

Das Jahr 2016 endete mit einer Tragödie. Nach dem Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt meldete sich der im Libanon geborene Filmemacher Imad Karim zu Wort und kritisierte die deutsche Migrationspolitik heftig.

Jeden Tag höre ich von Flüchtlingen, muslimischen Flüchtlingen, traumatisiert, halb traumatisiert, fleißige Finder von großen Geldbeträgen, hochqualifizierte Arbeitskräfte, die aber ein wenig sexuell frustriert sind, Vorzeige-Flüchtlinge, denen von deutschen Gastfamilien das Flötenspielen innerhalb einer Woche beigebracht wird.

Tagein, tagaus Flüchtlingsintegrationsprogramme, die alle mehr oder weniger den Beigeschmack von inszenierten Zirkusauftritten haben, von infantilen Zurschaustellungen, nach dem Motto „Schaut mal, was mein Flüchtling alles kann!“ Eine Epidemie der grenzenlosen Liebe ist offenbar ausgebrochen, Flüchtlinge erscheinen mir als Volkstherapie zu fungieren oder, besser gesagt, als die Erfüllung einer göttlichen Mission. Flüchtlingshelfer steigen in dieser göttlichen Hierarchie empor zu Heiligen, zu Schutzpatronen.

Ich habe früher selbst Filme über Flüchtlinge für den WDR realisiert. Es ging um Menschen, die wegen ihrer politischen, religiösen oder sexuellen Orientierung verfolgt wurden und flüchten mußten, und bekam dafür internationale Filmpreise. Ich bin zweifacher Gewinner des ARD-CIVIS-Preises für Integration.

Warum hilft man den Menschen erst hier?

Heute verstehe ich nicht, was sich hier vor meinen Augen abspielt. Ich verstehe den Sinn dieser offenen Grenze nicht. Warum ermutigt man Menschen, daß sie aus ihren Heimatländern fliehen und somit entwurzelt in Deutschland ankommen? Warum hilft man den Menschen vor Ort nicht oder hat ihnen nicht rechtzeitig geholfen?

Nehmen wir das Beispiel Syrien.

Die Menschen sind entweder innerhalb Syriens oder in die Anrainerstaaten geflüchtet. Sie waren stets im Blickkontakt mit ihrer Heimat. Wo waren die Humanisten unter uns, als das UN-Welterrnährungsprogramm die Gelder für die syrischen Flüchtlinge in den bereits existierenden Unterkünften kürzte? Ein Bruchteil des Geldes, das heute für die Angekommenen ausgegeben wird, hätte gereicht. Warum erstellte das Bundesamt für Integration bereits im Jahre 2014 einen **Anwerbefilm, damit die Flüchtlinge ermutigt werden, nach Deutschland zu kommen?** Und warum glaubt die Mehrheit der Gesellschaft, daß sie in der Lage ist, diese Millionen Menschen, deren Sozialisierung eigentlich bereits abgeschlossen ist, hier resozialisieren zu können? All das ist eine neue Form des **Kulturkolonialismus** – arrogant, ignorant, fahrlässig und keinesfalls human.

Menschen aus Marokko, Nigeria, dem Irak oder Syrien laufen auf langen, beschwerlichen, gefährlichen und regelmäßig tödlich endenden Wegen nun um die Wette. Die Mehrheit von ihnen sind starke Männer im wehrfähigen Alter, die den Mythos Einwanderer und Eroberer mit sich tragen. Wer es schafft, der bekommt Geld und Unterkunft von den Deutschen. Wer unterwegs umgefallen oder im Mittelmeer ertrunken ist, hat halt Pech gehabt. Das versuchen uns die Medien als Humanität zu verkaufen.

Marathonlauf des Elends

Mir ist rätselhaft, warum wir unsere gesunden Sozialsysteme mutwillig destabilisieren. Damit tun wir weder der aufnehmenden Gesellschaft noch den Neuankömmlingen (mittel- bis langfristig) einen Gefallen. Menschen kommen nach Deutschland und werden als „Flüchtlinge“ deklariert. Wir wissen nichts über sie. Das einzige, was von ihnen registriert werden kann, ist die Nummer ihrer iPhones, sonst nichts, weder Name, Alter noch andere Identitätsnachweise. Auch die nachgereichten Zeugnisse, Geburtsurkunden, Führerscheine bis hin zu

Zertifikaten von Uni-Abschlüssen sind oft gefälscht.

Und was ist daran human, einer siebenköpfigen afghanischen Familie, die bisher in ihrer Heimat mit 40 Euro pro Monat über die Runden kam, in Deutschland Monat für Monat mit 1.700 Euro zu versorgen, anstatt solche Summen vor Ort zu zahlen, mit denen 40 Familien unterstützt werden könnten? Es sind mehr als 60 Millionen Flüchtlinge weltweit unterwegs. Wollen wir sie alle nach Europa bringen? Wieso veranstalten wir diesen Marathonlauf des Elends?

Dazu trägt der Westen auch seinen Teil bei. Denn warum schickt der Westen wiederum Soldaten in die Kriegsgebiete, aus denen die Flüchtlinge kommen? Was haben bis jetzt die deutschen Soldaten in Afghanistan erreicht? Wozu starben mehr als 100 deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen? Haben sie den Einsatzländern Frieden gebracht oder haben sie den Haß auf den Westen noch mehr geschürt? Warum schweigen unsere „Humanisten“, wenn es darum geht, daß die westlichen Regierungen gigantische Waffengeschäfte mit Regimen wie Saudi-Arabien machen, die zur Destabilisierung von Ländern wie Syrien beitragen? Und warum höre ich immer „Aleppo brennt“, aber nicht Saana oder Aden im Jemen? Vielleicht, weil Saudi-Arabien die Islamisten in Syrien gegen den Machthaber Assad unterstützt und gleichzeitig selbst einen Vernichtungskrieg gegen Jemen, eines der ärmsten Länder der Welt, führt?

Nur, wer es sich leisten kann, kommt zu uns

Hierzu muß man wissen, daß eigentlich kaum Menschen aus den eigentlichen Kriegsgebieten zu uns kommen, denn die können sich die Schlepper nicht leisten. Es kommen vor allem Menschen hierher, die sich seit Jahren in den Anrainerstaaten Libanon, Jordanien und der Türkei eine Existenz aufgebaut haben. Sie verkaufen alles und machen sich auf den Weg nach Deutschland. Auch viele Gastarbeiter in den Golfstaaten,

die aus Syrien, dem Libanon oder Pakistan und Afghanistan stammen, und dort seit Jahren mit ihren Familien leben, machen das. Denn es lohnt sich. Dazu kommen unzählige Klein- und Groß-Kriminelle aus den Slums der nordafrikanischen Metropolen, die sich die Schlepper leisten können, und als Flüchtlinge hierherkommen. Sind sie erst einmal hier, werden sie von ihren Heimatländern verständlicherweise nicht mehr wieder zurückgenommen.

Im öffentlichen Diskurs sind die Einwanderer entweder hochqualifizierte Fachkräfte oder Analphabeten. Doch sind sie hochqualifiziert, dann ist es ein Fehler, daß wir sie ihren Herkunftsländern entziehen. Und sind sie Analphabeten, dann verwandeln wir Deutschland in ein Heim für Erwachsenenbildung und zum Teil für schwererziehbare Jugendliche, deren Sprache wir nicht einmal kennen. Wollen wir das wirklich?

Eine ideologisierte Scheinwelt

Uns werden Begriffe und Idiome verordnet. Weigern wir uns, sie zu benutzen, fallen wir in Ungnade. Doch warum sind sie populistisch? Ich habe political correctness immer so verstanden, daß wir allen Gesellschaftsgruppen mehr Teilhaberechte und mehr Zugangschancen auf den öffentlichen Diskurs gewähren. Aber wenn daraus eine ideologisierte Scheinwelt entsteht, der wir uns unterordnen müssen und der wir nicht mit den Mitteln der Empirie entgegen können und dürfen, dann sprechen wir hier von einer Gesinnungsethik, die zur Katastrophe führen würde. Heute dürfen wir die Dinge nicht beim Namen nennen.

Wenn wir in unserer freiheitlichen Grundordnung kriminelle Migranten nicht als kriminell bezeichnen dürfen, weil sie Migranten sind, dann hat das mit Toleranz nichts zu tun, sondern mit einer neuen Art

von Rassismus, einem **Privilegien-Rassismus**. Ich rufe die Politiker dazu auf: Nennen Sie die Kriminellen beim Namen und viele Türken, Araber und Kulturmuslime wären Ihnen dankbar. Trauen Sie sich mehr, die Wahrheit zu sagen, und haben Sie keine Angst vor den paar Ewiggestrigen, die das zu mißbrauchen versuchen. Unsere freiheitliche Gesellschaft ist viel stabiler, als einige uns einreden wollen. Uns wird suggeriert, Hitler stehe „kurz vor der Auferstehung“. Das ist mehr als absurd. Unsere Eliten warnen uns vor den Rechtsradikalen, die sie anscheinend in 70 Jahren noch nicht integrieren konnten, aber gleichzeitig sind sie sicher, Millionen Menschen, die aus dem Islam mit seinen mittelalterlichen Vorstellungen kommen, integrieren zu können. Dazu sage ich, jedes Unrecht beginnt mit einer Lüge.



Imad Karim ist ein libanesisch-deutscher Regisseur, Drehbuchautor und Fernsehjournalist. Seine Filme wurden in den Fernsehanstalten ARD, ZDF, WDR, hr, BR, MDR, ORB, SR, SWR, NDR, 3Sat, Phoenix ausgestrahlt. Er gehörte verschiedenen Filmjürys an und ist selber Träger verschiedener Fernsehpreise.

Obiger Artikel ist vor kurzem in mehreren Zeitschriften erschienen, u.a. in „Cicero - Magazin für politische Kultur“

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 29 Jahren werden alle Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt ausschließlich durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

.....
WEGWARTE 27. Jahrgang, Folge 3, Juni 2017

Zulassungsnummer "02Z033544S" - Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,

Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net, www.eu-austritts-volksbegehren.at

www.heimat-und-umwelt.at, www.jazumoexit.at

Spendenkonto: PSK, IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053, BIC: OPSKATWW

Eintritt: freie Spende

Einladung zum öffentlichen

Vortrags- und Diskussionsabend

DIREKTE DEMOKRATIE UND NAHVERSORGUNG

Montag, 12. Juni

um **19 Uhr**

in **SEEKIRCHEN**
am Wallersee
(Nähe Salzburg-Stadt)

im **Hotel „zur Post“**
Hauptstraße 19

Übernachtungsmöglichkeit für
Auswärtige im Haus vorhanden:
Tel. 06212/906992, office@postseekirchen.at

Es sprechen:

Mag. Thomas Rathhammer

*Initiator des überparteilichen Demo-
kratie-Volksbegehrens „Wir Entscheiden“*

Leo Steinbichler

*NR-Abg. im Team Stronach,
Vorsitzender des parlamentarischen
Ausschusses für Konsumentenschutz*

Montag, 19. Juni

um **19 Uhr**

in **KLAGENFURT**

im **Gasthof „Krall“**,
Ehrentalerstraße 57

Übernachtungsmöglichkeit für Auswärtige
im Haus vorhanden:
Tel. 0463/41444, gasthof.krall@aon.at

Es sprechen:

Mag. Thomas Rathhammer

*Initiator des überparteilichen Demo-
kratie-Volksbegehrens „Wir Entscheiden“*

Manfred Muhr

*Vizepräsident der
Kärntner Landwirtschaftskammer,
Landesobmann der freiheitlichen
und unabhängigen Bauernschaft*

Moderation bei beiden Veranstaltungen:

Inge RAUSCHER, Obfrau der IHU

*Die politische Selbstbestimmung wird nur gelingen, wenn auch die wirtschaftlichen Abhängigkeiten so weit wie möglich zurückgedrängt werden. Der Weg dorthin ist eine Stärkung der Nahversorgung bei den Lebensmitteln und in möglichst vielen weiteren Bereichen. Das wäre auch in sozialer Hinsicht viel gerechter und umweltschonender. Alle, die dazu beitragen und Näheres dazu erfahren wollen, sind herzlich eingeladen zum Besuch dieser Bürgerversammlungen. **Wir freuen uns auf Sie!***